

Die Lok Sabha Wahl 1996

Beginn einer neuen politischen Ära

von Theo Ebbers

Viel Aufmerksamkeit haben - auch international - die Ergebnisse der Parlamentswahlen in der nach Wählerzahl größten Demokratie der Welt erregt: Zwar wurde die als hindu-chauvinistisch und nationalistisch eingeschätzte 'Bharatiya Janata Party' (BJP) stärkste Partei, doch konnte weder sie, noch irgendeiner ihrer Mitbewerber eine regierungsfähige Mehrheit erlangen. Politiker aller Parteien und politische Kommentatoren zeigten sich angesichts der Patt-situation in der Lok Sabha verunsichert und warfen in ersten Reaktionen den Wählern vor, kein klares Votum abgeben zu haben. Nach den Erfahrungen, die man in der Vergangenheit mit Koalitionsregierungen gemacht hatte, die alle nach kurzer Zeit scheiterten, und an die Vorherrschaft und Dominanz der

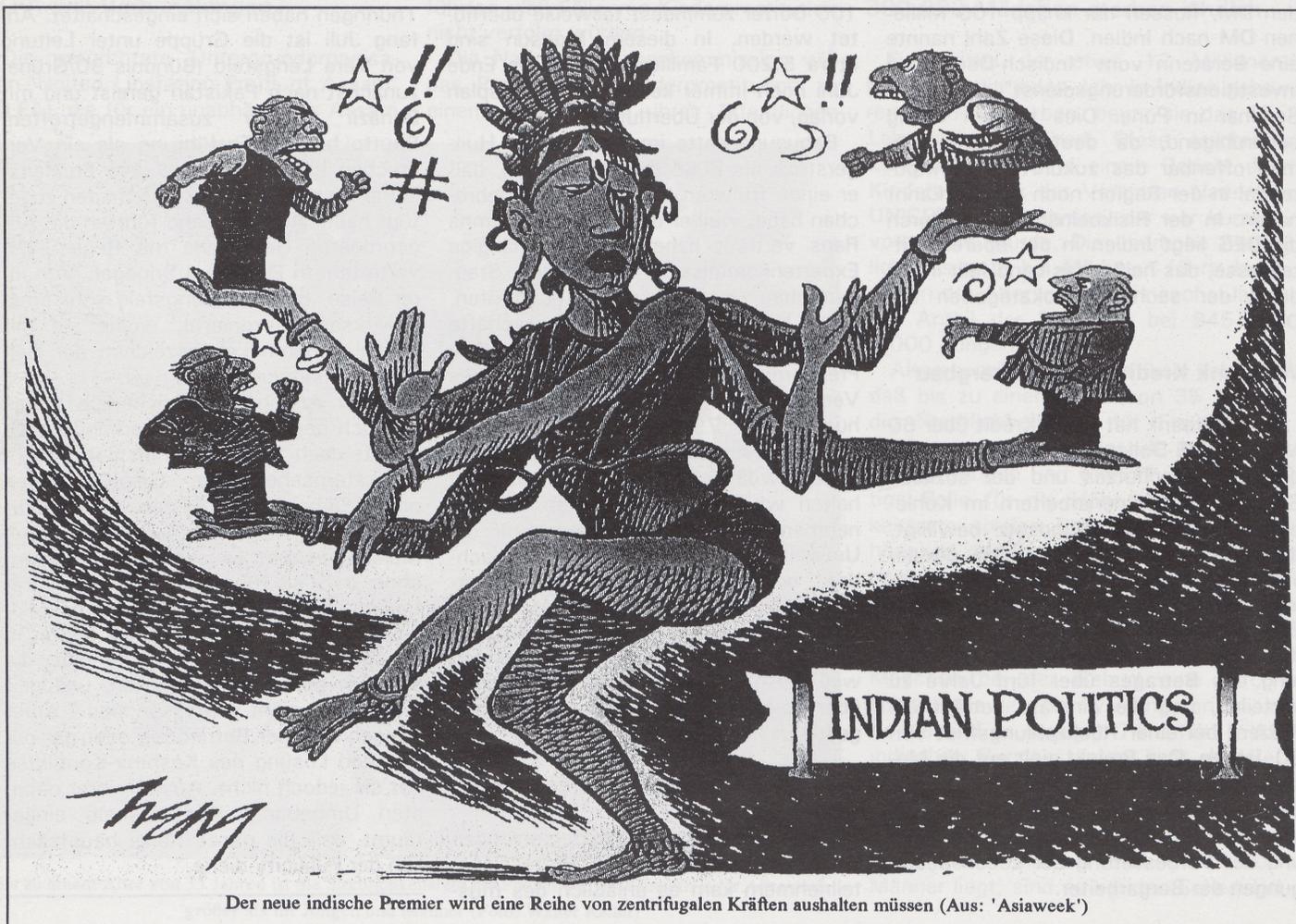
'Congress'-Partei gewöhnt, äußerte man Sorgen um den politischen Zustand und die Zukunft des Landes.

Während die einen sich besorgt zeigen über die Zuwächse und das Erstarken der BJP, glauben andere in den großen Verlusten der 'Congress'-Partei und den Stimmengewinnen regionaler Parteien Tendenzen zu erkennen, die einen grundlegenden Umbruch der politischen Landschaft Indiens andeuten. Wie tief dieser Wandel jedoch tatsächlich geht, können nur genauere Analysen der Wahlergebnisse und der gegenwärtigen politischen Machtstrukturen offenbaren, wie sie sich in der Regierungsbildung durch das Bündnis der "United Front" andeuten. Welche Auswirkungen haben die Wahlergebnisse auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes? Wie wir-

ken sie sich auf das Verhältnis zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften und Minderheiten aus? Was bedeuten sie im Hinblick auf die föderale Struktur des Landes und das Verhältnis der Zentralregierung zu den einzelnen Landesregierungen? Wird die "United Front" in der Lage sein, ihre politischen Ziele umzusetzen, so lange sie auf die Unterstützung durch die 'Congress'-Partei angewiesen ist?

Rückblick: Wahlsieger und -verlierer

Das Ergebnis der diesjährigen Parlamentswahlen scheint eindeutig. Ein kurzer Blick auf die Sitzverteilung der neuen Lok Sabha zeigt: der große Verlierer der Wahlen ist mit nur 136 Sitzen die 'Congress'-Partei. Die BJP erscheint



Der neue indische Premier wird eine Reihe von zentrifugalen Kräften aushalten müssen (Aus: 'Asiaweek')



Ein Teil des neuen Kabinetts (Foto: V. Sudershan)

mit 160 Sitzen als stärkste Kraft und ist offenbar der große Gewinner. Das Linksbündnis der "Dritten Kraft" erhält 112 Sitze und wird dritt stärkste Kraft.

Doch die Sitzverteilung allein sagt nicht viel aus über die Popularität und Stärke einzelner Parteien. Das in Indien geltende einfache Mehrheitswahlrecht spiegelt nicht unbedingt die Stimmenanteile wieder, die einzelne Parteien erzielen. Verborgt bleibt auf den ersten Blick auch die regionale Stimmenverteilung einzelner Parteien. Die 'Congress'-Partei hat zwar gegenüber den Parlamentswahlen von 1991 beinahe 100 Sitze verloren, doch bedeutet dies lediglich einen Stimmenrückgang von etwa sieben Prozent. Damit ist sie im gesamtindischen Durchschnitt noch immer die stärkste Partei und nur in wenigen Bundesstaaten liegt ihr Stimmenanteil unter 30 Prozent: In Uttar Pradesh 8,1 Prozent, in Bihar 16,2 Prozent, in Tamil Nadu 19,2 Prozent, in Haryana 23,4 Prozent, in Karnataka 27,2 Prozent und in Arunachal Pradesh 29,1 Prozent. In zehn Bundesstaaten kommt die 'Congress'-Partei noch immer auf über 40 Prozent der Stimmen.

Als eigentlicher Gewinner dieser Wahlen werden vielfach regionale Parteien wie die DMK in Tamil Nadu oder die 'Ahom Gana Parishad' (AGP) in Assam angesehen, doch hat beispielsweise die DMK in Tamil Nadu weniger Sitze erhalten als die 'Tamil Maanila Congress', die sich erst kurz vor den Wahlen von der 'Congress'-Partei abgespalten hatte.

Die BJP ist zwar die Partei, welche die meisten Parlamentssitze gewann, doch konnte sie ihren gesamtindischen Stimmenanteil gegenüber den Wahlen von 1991 nur geringfügig von 20,1 auf 20,7 Prozent erhöhen. Sowohl geographisch als auch sozial weist ihre Wählerbasis große Lücken auf. Sie bleibt eine vor allem auf den sogenannten Hindigürtel

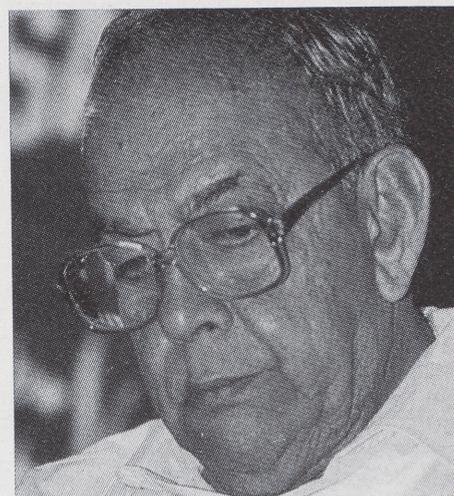
der nördlichen Bundesstaaten beschränkte Partei, die in den südlichen Bundesstaaten kaum Wählerstimmen für sich mobilisieren konnte. Ihren Wahlerfolg verdankt sie vor allem ihrer Stärke in Bihar, in weiten Teilen Uttar Pradesh, in Rajasthan und Madyha Pradesh. In diesen Bundesstaaten konnte sie durchschnittlich 36 Prozent der abgegebenen Stimmen für sich verbuchen, gegenüber 23 Prozent, die der 'Congress' hier erzielte. Doch verdankt sie diese Stärke vielfach ihren regionalen Verbündeten, wie der 'Haryana Vikas Party' in Haryana, der 'Samata Party' in Bihar oder der 'Shiv Sena' in Maharashtra. Die Partei ist also weit davon entfernt, als eine nationale Partei mit ihrer Parlamentsmehrheit auch tatsächlich das Mandat der indischen Wähler erhalten zu haben, wie es ihre Vertreter während ihrer kurzen Regierungszeit immer wieder behaupteten.

Premierminister für 13-Tage

Auf diesen Sachverhalt verwiesen während der 13tägigen Amtszeit von Atal Behari Vajpayee die politischen Gegner der BJP, um deren Anspruch auf die Regierung zurückzuweisen.

Verfassungsgemäß hatte Präsident Shankar Dayal Sharma kurz nachdem die Wahlergebnisse feststanden, Atal Behari Vajpayee mit der Regierungsbildung beauftragt. Eine Entscheidung, die je nach politischer Sichtweise entweder vehement verteidigt oder scharf angegriffen wurde. Während es für die einen selbstverständlich war, daß in einer parlamentarischen Demokratie die stärkste Partei die Chance erhält, die Regierung zu bilden, wiesen andere auf die Gefahren hin, die von einer solchen Entscheidung ausgingen. Sie sahen vor allem für religiöse Minderheiten wie die Muslims eine schwere Zukunft voraus, sollte es der BJP gelingen, ausreichend Unter-

stützung für eine von ihr geführte Koalitionsregierung zu gewinnen. Gaben sich BJP-Größen wie L.K. Advani, Murli Manohar Joshi und Premierminister Vajpayee auch optimistisch, war doch schon bald klar, daß es ihnen nicht gelingen würde, eine mehrheitsfähige Koalition mit verschiedenen regionalen Parteien zu schmieden. Hatte man vielleicht noch kurzfristig auf die Unterstützung durch regionale Parteien wie der DMK oder des 'Tamil Maanila Congress' (TMC) aus Tamil Nadu oder die AGP aus Assam gehofft, so stellten sich Überlegungen über Koalitionen mit solchen Parteien schnell als Spekulation und reines Wunschdenken aus. Doch versprach sich die Partei von ihrer kurzen Regierungszeit andere positive Effekte. Ihre Politiker versuchten, die ihnen gesetzte 13-tägige Frist zu nutzen, um der indischen Öffentlichkeit das Bild einer gemäßigten Partei zu präsentieren, die von den anderen im Parlament vertretenen Parteien unfair behandelt und zu Unrecht als anti-muslim und pro-hinduistisch charakterisiert würde. Sie ver-



Eine große Überraschung war die Ernennung des Kommunisten Indrajit Gupta zum Innenminister (Foto: 'Frontline')

IT'S ALL IF & BUT...



Wie abhängig die neue Regierung von der 'Congress'-Partei ist, will diese Karikatur aus 'The Times of India' zeigen

suchte sich als das Opfer machtversessener Politiker darzustellen, deren einziges politisches Ziel der Sturz Atal Behari Vajpayees sei, die darüber hinaus jedoch über keinerlei politische Zielsetzungen und Programme verfügten. Daß diese Taktik zum Teil aufging, zeigt die breite Sympathiewelle für Vajpayee, den viele Wähler offenbar als den Vertreter einer neuen, gemäßigeren BJP sahen, der es verdient habe, Premierminister zu sein. Nicht nur BJP-Sympathisanten, sondern auch viele BJP-Gegner, sahen in ihm einen geeigneten Staatsmann, der Indien als Premierminister würdig vertreten würde.

In einer vom Nachrichtenmagazin 'Outlook' durchgeführten Umfrage, meinten drei Viertel aller Befragten, daß die BJP es verdient hätte, weiter zu regieren. 61 Prozent der Befragten gaben an, nach seiner kurzen Amtszeit habe sich ihre Meinung über Vajpayee verbessert, 52 Prozent hatten eine höhere Meinung von der BJP.

Ein wichtiger Faktor für ihre zukünftigen Sympathiewerbungen dürfte für die BJP die weit verbreitete Ablehnung der 'Congress'-Partei sein. Auch wenn diese landesweit noch immer die stärkste Partei ist, haben die Wähler doch eindeutig gegen sie gestimmt. Nun ist die neue Regierung auf die Unterstützung durch eben diese 'Congress'-Partei angewiesen, die von den einzelnen Koalitionsparteien im Wahlkampf noch auf das schärfste bekämpft worden ist. Der

große Wahlerfolg vieler Regionalparteien läßt sich nur mit der breiten Ablehnung der 'Congress'-Partei durch die Wähler erklären. Die BJP wird nun versuchen, diese Anti-Congress Stimmung der Wähler zu nutzen, um bei diesen Ansehen zu gewinnen.

Nimmt man die Tagespresse als Maßstab und Barometer für die öffentliche Meinung, so könnte diese Kalkulation der BJP zumindest kurzfristig aufgehen. Vielen Beobachtern erscheint die Hindu-partei die einzige Partei zu sein, die über eine langfristige politische Strategie und politische Ziele verfügt, die nicht dem unmittelbaren Machterhalt dienen. Letzteres ist ein Vorwurf, der immer wieder gegen das Bündnis der 'United Front' (UF) gerichtet wurde und wird. Das einzige, was diese dreizehn Parteien einige, sei ihre Abneigung gegen die BJP, so der am weitesten verbreitete Vorwurf gegen die neue Koalitionsregierung.

United Front bildet Regierung

Nach dem Rücktritt Vajpayees hatte die aus dreizehn Parteien bestehende 'United Front', unter H.D. Deve Gowda als neuem Premierminister, die Regierungsgeschäfte in Neu Delhi übernommen. Die UF verfügt über insgesamt 178 Parlamentssitze. Zusammen mit der 'Congress'-Partei, die sich nicht an der Regierung Deve Gowdas beteiligt, diese jedoch unterstützen will, verfügt Gowda

in der 537 Sitze umfassenden Lok Sabha über eine komfortable Mehrheit von über 320 Sitzen. Ob es ihm jedoch gelingen wird, sich dieser Mehrheit auch langfristig zu versichern, bleibt abzuwarten.

Insbesondere aus den Reihen der BJP und ihrer Anhänger wurde an diesem Bündnis immer wieder kritisiert, daß dieses allein durch die Ablehnung der BJP zusammengehalten würde, es darüber hinaus jedoch nicht einmal ein Programm gebe, das als Grundlage einer gemeinsamen Regierungspolitik der United Front dienen könnte. Tatsächlich wurde ein solches "Gemeinsames Minimal Programm" (Common Minimum Programme - CMP) der dreizehn Koalitionsparteien erst nach dem Ablegen des Amtseides durch den neuen Premierminister ausgearbeitet und veröffentlicht. "Wir haben ein Programm formuliert, über das zwischen den verschiedenen Koalitionsmitgliedern keine Differenzen bestehen", meinte H.D. Deve Gowda bei der Vorstellung seines Regierungsprogrammes - eine recht optimistische Einschätzung, wie allein ein Blick auf den angestrebte wirtschaftspolitischen Kurs zeigt.

Entgegen vieler Befürchtungen insbesondere aus internationalen Wirtschaftskreisen, wird die neue Regierung die von der 'Congress'-Regierung eingeleitete Liberalisierung und Globalisierung der Wirtschaft in weiten Bereichen nahezu uneingeschränkt übernehmen. Zwar sollen ausländische Direktinvestitionen in der Konsumgüterindustrie erschwert werden, doch können die in diesem Bereich schon tätigen multinationalen Konzerne wie Pepsi oder Coca Cola, ihre Tätigkeiten ohne Einschränkungen fortsetzen. Ausländische Direktinvestitionen sollen jedoch gefördert werden, wenn sie in Infrastrukturprojekten oder zentralen Wirtschaftssektoren getätigt werden sollen. "Wir werden versuchen, aus Indien einen attraktiven Standort zu machen, der ausländische Investoren anzieht", gab der neue Industrieminister Murasoli Maran bei der Vorstellung des CMP bekannt - ein wirtschaftspolitischer Kurs, der innerhalb der Koalition ebenso umstritten sein dürfte wie das von Finanzminister Chidambaram angekündigte Sparprogramm. Ziel der beabsichtigten Sparmaßnahmen ist eine Kürzung der Ausgaben der Zentralregierung um 30 Milliarden Rupien und die Beschränkung des Haushaltsdefizits auf unter vier Prozent des Bruttosozialprodukts. Um "unwichtige" und "unproduktive" Staatsausgaben zu senken, müßten Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst eingespart und die Gehälter in diesem Bereich zumindest für ein Jahr eingefroren werden. Das Schreiben, in dem Chidambaram diese und andere Sparmaßnahmen

ankündigte, wurde eilig zurückgezogen, als die dem linken Parteienspektrum der Koalition angehörenden Parteien und die Gewerkschaften gegen die beabsichtigten Haushaltseinsparungen protestierten.

Mit Rücksicht auf diese Koalitionspartner haben Finanz- und Industrieministerium nun die Einsetzung eines Komitees angekündigt, das die von der vorherigen Regierung beschlossenen Schließungen unprofitabler öffentlicher Unternehmen noch einmal überprüfen soll. Die Regierung plant eine Reihe von Maßnahmen und Optionen, die den Erhalt und die Restrukturierung solcher Betriebe ermöglichen sollen. Dazu gehört vor allem die Möglichkeit, diese Unternehmen durch Arbeitergenossenschaften weiterzuführen. Die aus Privatisierungsmaßnahmen fließende Einkünfte sollen in noch als sanierungsfähig eingeschätzte öffentliche Unternehmen fließen, um diese wettbewerbsfähig zu machen. Als profitabel geltende öffentliche Unternehmen sollen vorerst nicht privatisiert werden.

Besondere Aufmerksamkeit soll in der zukünftigen Wirtschaftspolitik der Landwirtschaft und Programmen zur Arbeitsbeschäftigung zukommen. Investitionen in die Landwirtschaft sollen erhöht und der Agrarsektor weitestgehend dereguliert werden. "Es soll sichergestellt werden, daß die Landwirte für ihre

Produkte angemessene und faire Preise erhalten," heißt es in dem Papier. Das öffentliche Verteilungssystem, über das der Bevölkerung Grundnahrungsmittel und wichtige Güter des täglichen Bedarfs zu subventionierten Preisen zur Verfügung gestellt werden, soll gestärkt und wirksamer auf die Bedürfnisse der ärmeren Bevölkerungsgruppen zugeschnitten werden.

Unter dem Eindruck der jüngsten Korruptionsskandale, in die eine Vielzahl hoher politischer Persönlichkeiten und Familienangehörige solcher Politiker verwickelt sind, sollen alle Parlamentsabgeordnete durch ein neues Gesetz verpflichtet werden, jedes Jahr ihre Konten und Einnahmen offen zu legen. Die Bestechungsskandale der jüngsten Zeit sollen ohne Rücksicht auf Rang und Ansehen der darin verwickelten Persönlichkeiten von den zuständigen Untersuchungsbehörden verfolgt und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden.

Sieg säkularer Kräfte?

In scharfem Kontrast zur bisherigen Politik der 'Congress'-Regierung stehen die politischen Absichten in bezug auf die Babri-Moschee und den dort geplanten Bau eines Tempels für den Gott Ram. Der Oberste Gerichtshof soll nun entsprechend des Artikels 138 (2) der

indischen Verfassung durch Parlamentsbeschluß ermächtigt werden, ein die Regierung bindendes und verpflichtendes Urteil über die Zukunft von Moschee und Tempel in Ayodhya zu entscheiden. Die 'Congress'-Regierung hatte sich gegen einen solchen Schritt immer gewehrt, da sie befürchtete, ein Gerichtsurteil, das den Wiederaufbau der Moschee anordne, könne von der BJP genutzt werden, ihre hindunationalistische Basis wieder auszuweiten.

Der von der BJP vehement geforderte 'Common Civil Code', ein für alle Religionsgemeinschaften gemeinsam gültiges bürgerliches Recht, wird im CMP der neuen Regierung nahezu ausgeschlossen. Das Privatrecht der verschiedenen Religionsgemeinschaften soll nur dann geändert und angetastet werden, wenn darüber Konsens herrsche. Doch Kritiker fragen, ob dies einen Sieg der säkularen Kräfte über die religiös-kommunistische BJP bedeutet? Ob jede Partei, die gegen die BJP opponiert, als säkular bezeichnet werden kann? Sie weisen darauf hin, daß die selbsternannten Interessenvertreter niedriger Kasten und religiöser Minderheiten Religions- und Kastenzugehörigkeit genauso zu Wahlkampfzwecken mißbraucht haben wie die Politiker der BJP. Indem sie vor allem unter den Muslims die Angst vor der BJP schüren - "wenn ihr Muslims eure



Im Mittelpunkt des neuen Minimalprogramms der Regierung steht wieder die Landwirtschaft (Foto: Walter Keller)

Stimme nicht Mulayam Singhji gebt, werden ihr dafür am Tage des Gerichts bezahlen", hieß es beispielsweise in einer Wahlkampfreden für Mulayam Singh Yadav -, tragen Parteien wie die 'Samajwadi Party' nicht zu einer Überwindung gesellschaftlicher Gegensätze bei, sondern zu deren Vertiefung. Mit ihrem gemeinsamen Minimalprogramm werden die Koalitionspartner keine wirklich säkulare Politik betreiben, sondern die 50jährige Minderheitenpolitik der 'Congress'-Partei fortsetzen, die vor allem darin bestanden hat, die religiösen, sozialen und kulturellen Gräben in der indischen Gesellschaft zu vertiefen.

Erste Konflikte

Wie lange die verschiedenen in der 'United Front' vereinten Parteien dieses Regierungsprogramm tragen werden und die 'Congress'-Partei es stützen wird, ist nicht abzusehen. Schon zwei Wochen nach der Amtsübernahme kam es zu ersten und nicht unerwarteten Unstimmigkeiten in der Koalition. Kaum hatte H.D. Deve Gowda das Mißtrauensvotum, bei dem er beweisen mußte, daß er in der Lok Sabha über eine regierungsfähige Mehrheit verfügte, überstanden, sorgte er dafür, daß Ramakrishna Hedge, einer der Veteranen der 'Janata Dal', aus der Partei ausgeschlossen wurde. Eine Entscheidung, die zwar von

Laloo Prasad Yadav als Parteivorsitzendem unterzeichnet, doch nicht von allen Führungspersönlichkeiten der 'Janata Dal' mitgetragen wurde. Auch die ehemalige Umweltministerin Maneka Gandhi wurde aus der Partei ausgeschlossen, weil sie sich kritisch über den neuen Premier geäußert hatte.

Wie weit die Koalitionspartner in zentralen Fragen auseinander liegen und wie schwierig sich die Zusammenarbeit gestaltet, beginnt nun, nachdem die erste Euphorie über die Regierungsbildung abgeebbt ist zu zeigen. Schon um die Zusammenstellung des Kabinetts hat in der Koalition zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Parteien, aber auch zwischen ehrgeizigen Politikern, die jeweils der gleichen Partei angehören. Gowda stand vor der schweren Aufgabe, nicht nur die Ambitionen und Wünsche der einzelnen Mitgliedsparteien oder einzelner Politiker der UF zu erfüllen, sondern mußte auch regionale Interessen und soziale Faktoren wie Kastenzugehörigkeit, Religion und Ethnizität bei der Bildung seines Kabinetts berücksichtigen. Schien diese Aufgabe schon schwer genug, wurde die Zusammenstellung des Kabinetts zusätzlich erschwert durch die Notwendigkeit, auch auf die Zustimmung der 'Congress'-Partei angewiesen zu sein. Eine der wichtigsten Bedingungen linker Koalitionspartner wie der CPI für die Regierungsbildung

war, daß keiner der in die als 'Hawala'-Skandal bekannt gewordene Korruptionsaffäre verwickelten Politiker einen Ministerposten bekommen sollte. Dies widersprach der vor allem von Janata-Dal-Politikern vertretenen Auffassung, daß Politiker wie Sharad Yadav durch die Zustimmung der Wähler, die in ihren Wahlerfolgen sichtbar würde, soweit entlastet würden, daß ihnen zumindest ein Anspruch auf einen der begehrten Ministerposten gewährt werden könne. In der ersten Runde der Kabinettbildung berief Gowda 20 Minister und Staatsminister. Dabei übergab er Sharad Yadav, berief jedoch den prominenten 'Janata Dal' Politiker S.R.

Bomma, der auch zu den durch die sogenannten 'Jain-Tagebücher' belasteten Politikern gehört. Um sich der Unterstützung Laloo Prasad Yadavs zu versichern, der wohl zu den einflussreichsten Politikern in der 'Janata Dal' gehört, ernannte Gowda sechs 'Janata-Dal'-Politiker aus Bihar zu Ministern.

Auf Nummer Sicher ging er bei der Besetzung des so wichtigen Finanzministeriums, in dem er dieses dem ehemaligen 'Congress'-Mitglied P. Chidambaram vom 'Tamil Maanila Congress' unterstellte (siehe Porträt in dieser Ausgabe). Die Berufung Chidambarams wird als Signal an die 'Congress'-Partei und die Industrie verstanden, daß keine einschneidenden Veränderungen der Wirtschaftspolitik zu erwarten seien. Doch innerhalb der Koalitionsregierung mehren sich schon die kritischen Stimmen, die befürchten, daß Chidambaram keinen grundsätzlichen wirtschafts- und finanzpolitischen Kurswechsel einleiten werde. Eine von der Gowda-Regierung vorgenommene Preisherhöhung für Benzin und Diesel um bis zu 30 Prozent, wird genauso als Verletzung der im CMP eingegangenen Selbstverpflichtung einer armutsorientierten Wirtschaftspolitik kritisiert, wie die Weigerung einiger Koalitionspartner, reichere Bevölkerungsschichten vom 'Public Distribution System' auszuschließen.

Erst nachdem er im Parlament seine Mehrheit bewiesen hatte, nahm Gowda eine Kabinetterweiterung vor, mit der er vor allem den verschiedenen regionalen Interessen Rechnung zu tragen suchte. Unter den ersten 20 Ministern waren keine Repräsentanten aus den so wichtigen Bundesstaaten Maharashtra, Gujarat, Madhya Pradesh, West Bengalen oder den nordöstlichen Bundesstaaten. Die größte Überraschung gelang Gowda wohl mit der Berufung des Generalsekretärs der 'Communist Party of India' (CPI), Indrajit Gupta, zum Innenminister und seines Parteigenossen Chaturanan Mishra zum Landwirtschaftsminister. Doch die harte und kompromißlose Haltung Guptas in Korruptionsaffären und die Forderung der CPI nach umfassenden und radikalen Landreformen mögen der 'United Front' zwar ein volksnahes, armutsorientiertes Image verleihen, doch in der 'Congress'-Partei auf Ablehnung stoßen.

In der Erweiterung des Kabinetts auf 34 Minister wird das Bemühen Gowdas sichtbar, vor allem regionalen Interessen gerecht zu werden. So wurden zwei der fünf Abgeordneten der 'Ahom Gana Parishad' zu Ministern berufen, die beiden CPI-Mitglieder repräsentieren West Bengalen und Bihar und Politiker aus Goa, Gujarat und Rajasthan vertreten nun die vorher nicht repräsentierten westlichen Bundesstaaten.



Only Rs 57 lakhs corruption charge against your husband? Mine is charged with over a crore

Der neue Premier will die Bekämpfung der Korruption intensivieren (Karikatur aus 'The Times of India')

Stärkung der Bundesstaaten?

In Kommentaren wird immer wieder der föderale Charakter der neuen Regierung betont, der auch die Beziehungen zwischen der Zentralregierung und den einzelnen Bundesstaaten neu gestalten wird. Regionale Parteien wie die DMK in Tamil Nadu, die TDP in Andhra Pradesh und die AGP in Assam sind neben der 'Janata Dal' und den Kommunisten die wichtigsten Koalitionspartner in der neuen Regierung. Die Verluste der 'Congress'-Partei werden vielfach interpretiert als ein Ausdruck neuen Selbstbewußtseins auf regionaler und lokaler Ebene. Mit ihrer Weigerung, ihre Stimme nationalen Parteien zu geben, machten die indischen Wähler klar, daß ihnen lokale und regionale Probleme wichtiger sind, als nationale. Nationale Parteien, so eine Interpretation der Wahlergebnisse, haben nur dort wirklich Erfolg gehabt, wo sie lokale Themen aufgriffen und zu ihren Wahlkampfthemen machten. Es wird erwartet, daß die Koalitionsparteien nun versuchen werden, die Zentralisierungspolitik der Vergangenheit umzukehren und mehr Macht auf die regionale und lokale Ebene zu übertragen. Als ein wichtiger Schritt in diese Richtung gilt die Ankündigung der Regierung, den Artikel 356 der Verfassung abzuschaffen. Dieser Artikel erlaubt es der Zentralregierung, Landesregierungen abzusetzen und Bundesstaaten unter die Befugnisse der Zentralregierung zu stellen. Ein politisches Werkzeug, das seit Indira Gandhis Zeiten immer wieder mißbraucht worden ist, um unliebsame Landesregierungen loszuwerden. Ein Schlüsselfaktor der zukünftigen Centre-State-Beziehungen dürfte in der Verteilung der Staatsausgaben zwischen Zentralregierung und Landesregierungen bestehen. Gegenwärtig hat die Zentralregierung Anspruch auf 60 Prozent aller Steuereinnahmen der Bundesländer. Für die AGP war die Verteilung der Steuereinnahmen ein zentrales Wahlkampfthema und sie wird nun als Regierungspartner in der UF ihre Forderung nach einem größeren Anteil an den in Assam erhobenen Tee- und Ölsteuern durchzusetzen versuchen. Ähnliche Forderungen werden aus Kerala und Bihar erwartet. Kerala überweist jährlich mehrere Milliarden Rupien 'Kautschuksteuer' an die Zentralregierung, obwohl es hier keinerlei Gummi produzierendes Unternehmen gibt. Bihar fordert seit Jahren eine Reduzierung der Kohleabgaben, die an die Zentralregierung überwiesen werden.

Eine wichtige Aufgabe des neuen Regierungschefs Deve Gowda wird darin bestehen, diese zum Teil gegensätzlichen regionalen Interessen in seiner Regierung abzuwägen. Dazu gehören bei-

spielsweise zwischenstaatliche Kontroversen wie die Auseinandersetzung um das Wasser des Cauvery zwischen Karnataka und Tamil Nadu oder die Grenzstreitigkeiten zwischen Assam und Nagaland, die während und kurz nach den Wahlen in blutigen Unruhen in Assam ihren Ausdruck fanden.

Skeptiker weisen darauf hin, daß Gowda mehr damit beschäftigt sein wird, die verschiedenen regionalen und ideologischen Interessen innerhalb seiner Regierungsmannschaft auszubalancieren, als effektive Politik machen zu können. Mit der Erweiterung seines Kabinetts hat er versucht, diesen Gegensätzen Rechnung zu tragen und insbesondere die südlichen Bundesstaaten zu stärken. Diese beklagen sich immer wieder über die kulturelle und ökonomische Dominanz der nördlichen Bundesstaaten und fühlen sich von diesen ausgebeutet, abhängig und unterdrückt - ein wichtiger Faktor für den mangelnden Erfolg der BJP in den südlichen Bundesstaaten. Auch diesen geht es vor allem um die Verteilung finanzieller Mittel und werfen früheren Regierungen vor, bei Investitionsvorhaben und Infrastrukturausbau den Norden bevorzugt zu haben. So beklagt Kerala, das über nur vier Prozent der indischen Bevölkerung verfügt, daß sich seine jährlichen Überweisungen an die Zentralregierung auf 160 Milliarden Rupien belaufen, jedoch nur 20 Milliarden Rupien für Entwicklungs- und Modernisierungsmaßnahmen aus dem Haushalt der Zentralregierung erhält.

Trotz Verluste: Dominanz der 'Congress'-Partei

Ob und inwieweit die neue Regierung ihre politischen Ziele umsetzen kann, hängt in großem Umfang auch von der 'Congress'-Partei ab, auf deren Unterstützung Deve Gowda angewiesen ist. Hier ist die entscheidende Frage, ob es ihm gelingt, die jüngsten Korruptionsvorwürfe gegen Ex-Premier Rao und seine Familie zu nutzen, um die 'Congress'-Partei unter Kontrolle zu halten oder ob die sich verdichtenden Verdachtsmomente und die Verfolgung der Vorwürfe die 'Congress'-Partei veranlassen wird, der neuen Regierung die Unterstützung zu entziehen. Es deutet sich an, daß die 'Congress'-Partei noch immer die wohl stärkste und wichtigste politische Kraft in Indien ist und als solche nun indirekt den zukünftigen politischen Kurs des Landes mitbestimmt. Die politischen Entwicklungen nach den Wahlen deuten an, daß sich der 'Congress' als der eigentliche Wahlgewinner entpuppen könnte. Zwar hat die Partei Nehrus die größten Verluste in ihrer über 100jährigen Geschichte erlitten, doch ist sie mit knapp über 28 Prozent

der Wählerstimmen noch immer die stärkste und einzig wirkliche gesamtindische Partei. Damit verfügt die Partei in ganz Indien über eine solide Basis, die sie zu ihrem Wiederaufbau nutzen kann. Eine der Hauptaufgaben des neuen Regierungschefs wird es sein, die vielen Gruppierungen, die sich in der jüngeren Vergangenheit von der 'Congress'-Partei abgespalten und zum Teil recht deutliche Wahlerfolge für sich verbuchen konnten, zufrieden zu stellen. Schon kurz nach den Wahlen meldeten sich vor allem jüngere 'Congress'-Mitglieder und Abgeordnete zu Wort, die auf die Notwendigkeit hinwiesen, die zersplitterte Partei zu vereinen. Allein mit den rebellischen 'Congress'-Mitgliedern in Tamil Nadu, die sich aus Protest gegen die Allianz mit Jayalalithas AIADMK von der Partei getrennt hatten und nun in die Lok Sabha eingezogen sind, hätte die 'Congress'-Partei beinahe die stärkste politische Kraft werden können. Gelingt es Rao, trotz der gegen ihn erhobenen Korruptionsvorwürfe, nicht nur den Parteivorsitz zu behalten, sondern auch einige der 'abtrünnigen' ehemaligen 'Congress'-Mitglieder zurückzugewinnen und stärker regionale Anliegen in ihr Programm aufzunehmen, stehen die Chancen nicht schlecht, daß nach einem nicht unwahrscheinlichen Kollaps der Gowda-Regierung wieder einmal der 'Congress' das Regierungsruder übernehmen wird. Ob sie jedoch jemals wieder in der Lage sein wird, alleine zu regieren, darf und muß angesichts der gegenwärtigen politischen Machtverteilung bezweifelt werden. Indien wird sich daran gewöhnen müssen, daß keine Partei mehr allein die Regierungsgeschäfte wird übernehmen können, sondern daß die Mehrheitspartei in absehbarer Zukunft immer auf Koalitionspartner angewiesen sein wird. Die diesjährigen Wahlergebnisse haben gezeigt und deutlich gemacht, daß es den 'indischen' Wähler nicht gibt. Es gibt dagegen tamilische Wähler, muslimische Wähler, brahmanische und niedrigkastige Wähler. Das Wahlergebnis, die daraus resultierende Pattsituation im Parlament und die Koalitionsregierung der UF sind ein Spiegelbild dieser Zerrissenheit des Landes, und in der Regierungsübernahme durch die UF liegt die große Chance, diese Friktionen, von denen Indien heute geprägt ist, nicht nur zu übertünchen, sondern zumindest erste Schritte zu ihrer Überwindung zu tun.